

diepresse.com

zurück | drucken

10.01.2005 - Business / Economist

Interview: "Wohlfahrtsstaat ist nicht zukunftsfähig"

VON GERHARD Mészáros

Die USA sind eigentlich recht sozial und die Entwicklungshilfe sollte abgeschafft werden - Tom G. Palmer vom Cato Institute über seine Sicht der Dinge.

Die Presse: Gibt es ein "Ende der Ideologie"? Ist der Politiker zum reinen Pragmatiker geworden?

Tom G. Palmer: Keineswegs. Die Leute sind nur verwirrt, weil der Kommunismus, und damit die große ideologische Trennlinie seit 50 Jahren, tot ist. In der westlichen Welt hat sich das politische Spektrum zwar in Richtung Liberalismus verschoben, es gibt aber immer noch grundlegende Meinungsunterschiede. Vor allem bezüglich der Rolle des Staates, im besonderen des Wohlfahrtsstaates. Dieser ist in seiner heutigen Form einfach nicht mehr zukunftsfähig, und seine Befürworter stecken entweder den Kopf in den Sand, oder sie lügen die Leute schlicht an. Die Menschen müssen die Möglichkeit haben, mehr Verantwortung für ihr eigenes Leben zu übernehmen.

Die Europäer haben vom liberalen Amerika nicht unbedingt ein sehr positives Bild . . .

Palmer: Das ist auch ein wenig die Schuld der Medien. Was die Europäer etwa im Fernsehen über die USA erfahren, entspricht oft nicht der Realität. Die USA sind sozialer, als die Europäer glauben. So ist zwar die Einkommensungleichheit in Amerika größer als in Europa. Aber warum ist das so? Weil die USA offen für Immigranten sind, die oft schlecht ausgebildet sind und daher wenig verdienen. Wir könnten leicht die Gleichheit fördern - indem wir die Immigration einschränken.

Zeigen die Unternehmensskandale wie Enron oder WorldCom nicht, dass das wirtschaftliche System der USA grundlegend verändert werden muss?

Palmer: Nun ja, zunächst muss man mal sagen, dass das System letzten Endes ja funktioniert hat. Schließlich sind die Bösen geschnappt und bestraft worden. Allerdings sollte das Steuersystem vereinfacht werden. Denn erst dieses komplizierte System hat es ermöglicht, dass die Wirtschaftsprüfer und die Manager die Angestellten übers Ohr hauen. Die neuen Regulationen, die eingeführt wurden, sind dagegen der völlig falsche Weg.

George W. Bushs erste Amtszeit - wie war die aus liberaler Perspektive?

Palmer: Ganz schlimm. Die staatlichen Ausgaben und vor allem die Subventionen für Wirtschaftsunternehmen sind geradezu explodiert. Diese vier Jahre waren wie Halloween: Die Lobbyisten sind mit ihrem Sack nach Washington gepilgert, haben "Süßes oder Saures" gerufen, und sind reich beschenkt worden.

Angeblich wurde Bush auf Grund "moralischer Werte" wiedergewählt. Was ist los mit den USA?

Palmer: Das war eine der irreführendsten Fragen überhaupt. Moralische Werte? Das ist doch viel zu vage. Darunter haben die Befragten so etwas wie Ehrlichkeit verstanden - und Bush hat halt konsistenter gewirkt als Kerry, der jede Woche eine andere Meinung gehabt hat. Auch die Mehrheit der Bush-Wähler ist entweder für die Heirat oder zumindest eine Zivilehe von Homosexuellen.

Tony Blair hat angekündigt, dass sich die Industrienationen im Jahr 2005 besonders Afrikas annehmen

wollen. Was kann man gegen die afrikanische Armut tun?

Palmer: Das Wichtigste ist, Handelsschranken und landwirtschaftliche Subventionen abzuschaffen. Das wäre gut für die landwirtschaftlich orientierten Länder Afrikas, und das wäre auch gut für die Steuerzahler und die Konsumenten in Europa und in den USA.

Was kann das Ausland dazu beitragen, die politische Situation in den Ländern Afrikas zu verbessern?

Palmer: Es wäre wichtig, die staatliche Entwicklungshilfe abzuschaffen, denn diese hatte für die Entwicklung Afrikas desaströse Konsequenzen. Durch die Entwicklungshilfe haben die Machthaber eine externe Einkommensquelle, wodurch sie nicht auf die eigenen Steuerzahler angewiesen sind. Daher können sie leichter auf Kompromisse verzichten.

© diepresse.com | Wien